

JETZT MUSS KLIMASCHUTZ ZUR CHEFSACHE WERDEN

DER KLIMAGIPFEL VON NAIROBI 2006 UND SEINE
BEWERTUNG



Kurzzusammenfassung

Der Verhandlungspoker, der bis 2009 zu einem Post-2012-Regime („Kyoto II“) führen soll, hat begonnen. Zwei große Themenblöcke sollten auf dem Klimagipfel in Nairobi 2006 diskutiert werden. A) Wie werden die Verhandlungen für das Post-2012-Klimaregime strukturiert? Und B) Welches Handlungspaket für Entwicklungsländer kann in Nairobi beschlossen werden, das der Anpassung an den Klimawandel, der Nutzung des CDM und dem Technologietransfer dient? Das vorliegende Hintergrundpapier resümiert und kommentiert die wichtigsten Ergebnisse des Klimagipfels (COP12/MOP2, 6.-17.11.2006, Nairobi, Kenia). Gezeigt hat sich beim Klimagipfel vor allem eines: es besteht wenig Aussicht, dass im Rahmen dieser Verhandlungen auf Delegierten- und Umweltministerebene die notwendige politische Dynamik entstehen wird, um bis 2009 ein Kyoto II auszuhandeln, das uns wirklich weiterhilft. Dies kann nur erreicht werden, wenn es in den nächsten Monaten gelingt, dass der Klimawandel in den zentralen Staaten zur Chefsache wird und die volle Unterstützung der Regierungschefs und Außenminister erhält. Die deutsche G8- und EU-Präsidentschaft im kommenden Jahr kann hierfür wichtige Prozesse initiieren.

Impressum

Autoren:

Christoph Bals, Jan Burck, Sven Harmeling, Klaus Milke, Manfred Treber, Gerold Kier

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon 0228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon 030/288 8356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-mail: info@germanwatch.org

Dezember 2006

Bestellnr.: 06-2-09

ISBN 3-939846-05-8

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/klima/c12-hg.htm

Inhalt

1	Zusammenfassender Kommentar	5
2	Regelungen für die Zeit nach 2012	7
2.1	Das Unbewältigbare vermeiden	7
2.2	Das Unvermeidbare bewältigen	11
3	Klimaschutz muss jetzt zur Chefsache werden	12
3.1	AWG-Workshop: Weitere Verpflichtungen der Kyoto-Staaten	13
3.2	Artikel 9: Verhandlungen über die Beiträge von Schwellenländern	15
3.3	Zweite Sitzung Konventionsdialog	16
3.4	„Russischer Vorschlag“	17
3.5	Aufnahme von Weißrussland in den Anhang B des Kyoto-Protokolls	17
4	Das Entwicklungsländerpaket	18
4.1	Anpassungsfonds.....	18
4.2	Verabschiedung des „Nairobi work programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change“	20
4.3	Versicherungsinstrumente	21
4.4	Beteiligung der Least Developed Countries – vor allem Afrikas – am Clean Development Mechanism (CDM)	21
4.5	Weiterentwicklung des CDM.....	22
4.6	Sektoraler und Policy CDM – Stimmt der Anreizmechanismus? Argumente für einen CDM, der EEGs in Entwicklungsländern kofinanziert.....	23
4.7	Technologietransfer und -zusammenarbeit	24
5	Die kommenden Klimagipfel	26

Nairobi

*Es wird warm in der Welt
und die Toten
knospen
und blühen.
Das Versäumte geht um,
groß als Schatten der Zukunft.*

*Lass anderes sein.
Suche das Blatt,
das vorausschwebt
und weiß,
wo sich die Tore auftun,
wenn mehr sein soll,
als sich heute kundtut.*

*Seht, wie wir dem Stern
den Weg vertreten.
Oder er uns.
Tür Nummer neun,
wir klopfen an,
der Riegel geht auf,
doch die Tür bleibt zu.
Seht, wie sich die Nächte
Ränder graben
unter den Augen.
Seht, die Option ist da,
aber auch
der politische Wille?*

1 Zusammenfassender Kommentar

Nairobi: Klima-Schach ohne Damen

Die Erwartungen in der Weltöffentlichkeit waren gewaltig. Der Stern Report hatte den Klimawandel als größtes Marktversagen der Geschichte dargestellt und in den ökonomischen Konsequenzen mit der großen Depression vor dem zweiten Weltkrieg verglichen. Die Resonanz auf den Al-Gore-Film „Eine unbequeme Wahrheit“ schien auch in den USA ein Klimaerwachen anzukündigen. Nicht nur der Spiegel, sondern auch die Bild-Zeitung hatte wiederholt mit dem Thema Klimawandel aufgemacht.

Und dann spielte auch noch die Natur mit. Gewaltige Überschwemmungen im Gastgeberland Kenya. Viel weniger Flamingos, eine der Touristenattraktionen, gab es dieses Jahr in Kenia, weil in den sich erwärmenden Seen nun die falschen Algen wachsen. Und beim Namensgeber des Landes, von den Missionaren als „Mount Kenia“, „weißer Berg“, getauft, ist kaum mehr etwas vom Schnee und Eis übrig. Mussten die Staaten nicht auf diesen Erwartungsdruck reagieren und dem Klimawandel ein weltweit vernehmbares „bis hierhin und nicht weiter“ entgegenschleudern? Oder zumindest den Namen Kenyas wegen des Klimawandels ändern?

Erst vor Ort stellten viele der angereisten Journalisten fest, dass sie im falschen Film waren. Die Delegierten aus aller Welt waren nicht etwa angereist, um jetzt den Knoten der internationalen Klimapolitik zu zerschlagen. Sie waren gekommen, um ein globales Klima-Schachturnier zu beginnen. Erst nach dessen Ende, 2009, soll feststehen, wer in der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls, also nach 2012, wieviel für den internationalen Klimaschutz leisten soll.

Vier der angetretenen Teams sind von besonderem Interesse.

Erstens die EU, Japan und andere Industrieländer mit Kyoto-Verpflichtungen. Sie haben sich auf einen Verhandlungsprozess verständigt, der ihre Post-2012-Reduktionsziele festlegen soll. Ihr Motto: „Wirklich ehrgeizig werden die Ziele nur, wenn sich auch die anderen Teams in diese Richtung bewegen“.

Zweitens das große Schwergewicht, die USA. Es nimmt derzeit am internationalen Turnier nur als Beobachter teil. Allerdings haben die jüngsten Zwischenwahlen zumindest in den USA die Regierung zurück ans nationale Klima-Schachbrett gezwungen. Und dort hat insbesondere Kalifornien durch interessante Züge das Spiel eröffnet. Aber erst nach der Regierung Bush werden die USA auch als Spieler ins internationale Turnier zurückkehren.

Drittens die großen Schwellenländer, wo die Emissionen derzeit am schnellsten wachsen. Zunächst weigerten sie sich, erste Züge zu machen, solange die Industrieländer nicht gezeigt haben, dass sie mit dem Klimaschutz wirklich ernst machen. Auf nationaler Ebene üben einige von Ihnen – etwa China und Brasilien – durchaus ernsthaft für das internationale Turnier.

Viertens der Club der Verlierer. 43 Inselstaaten drohen in den nächsten Jahrzehnten durch den Klimawandel ihre Existenz zu verlieren. Und die am wenigsten entwickelten Staaten, vor allem in Afrika, sind am verletzlichsten gegenüber den überall sichtbaren Änderungen. Sie fordern ernsthaften Klimaschutz: „Wann in der Geschichte mussten wir darüber entscheiden, ganze Länder verschwinden zu lassen?“

Der Beginn des vierjährigen Schachturniers war von taktischen Winkelzügen geprägt. Die Kyoto-Industriestaaten haben einen vernünftigen Plan für ihr Teiltturnier verabschiedet. Die Schwellenländer haben eingewilligt in eine wissenschaftliche Analyse des Kyoto-Protokolls, die 2008 zum Ergebnis haben wird, dass ein in großem Maßstab gefährlicher Klimawandel sich ohne ernsthafte Aktivitäten in den Schwellenländern nicht vermeiden lässt. Aber sie haben noch nicht zugestimmt, dass dies der Startpunkt für ein Teiltturnier ist, in dessen Zentrum dann die Emissionsziele der Schwellenländer stehen. Man kam auch weiter bei der Ausgestaltung für einen internationalen Fonds, der Anpassungsbemühungen in den vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern finanzieren soll. Das Geld, das bis 2012 darin liegt, etwa 250 Mio US-Dollar, reicht aber nicht einmal für eins der Länder aus.

Im Prinzip besteht die Option, dass das Klima-Schach bis Ende 2009 vernünftige Ergebnisse erbringen kann. Dann aber müssen die wichtigen Spieler endlich auch ihre Dame einsetzen. Konkret heißt das: Der notwendige politische Wille und Handlungsspielraum kann nur auf Regierungschef-Ebene, nicht auf Ebene der Umweltminister, die in Nairobi auftraten, erzeugt werden. Im Jahr 2007 hat Deutschland die EU- und die G8-Präsidentschaft inne. Welchen Schwung die deutsche Dame in das internationale Turnier bringen wird, ob bestimmte blockierende Türme in der EU und G8 abgeräumt werden können, wird maßgeblich darüber entscheiden, ob im Jahr 2009 ein klimazerstörender Trend schachmatt gesetzt werden kann.

2 Regelungen für die Zeit nach 2012

Die Option für ein umfassendes Post-2012-Verhandlungspaket mit ehrgeizigen Zielen für Industriestaaten und substanziellen verbindlichen Beiträgen von Schwellenländern bleibt erhalten

Der Verhandlungspoker, der bis 2009 zu einem Post-2012-Regime („Kyoto II“) führen soll, hat begonnen. Die Optionen für einen zielgerichteten Verhandlungsprozess sind nun gegeben. Aber nur, wenn außerhalb des Prozesses verschiedene „Außenbordmotoren“ (EU, G8, bilaterale Gespräche, neue „Stern-Reports“ usw.) gestartet werden und Regierungschefs sich des Themas annehmen, besteht die Chance auf die notwendigen Verhandlungsergebnisse.

Zwei große Themenblöcke sollten auf dem diesjährigen Klimagipfel in Nairobi diskutiert werden. A) Wie werden die Verhandlungen für das Post-2012-Klimaregime strukturiert? Und B) Welches Handlungspaket für Entwicklungsländer kann in Nairobi beschlossen werden, das der Anpassung an den Klimawandel, der Nutzung des CDM und dem Technologietransfer dient?

Für das Post-2012-Verhandlungspaket stehen zwei große Zielsetzungen auf der Tagesordnung:

I. Das Unbewältigbare vermeiden (Klimafolgen vermeiden, die so gravierend sind, dass sie nicht mehr bewältigbar wären, d.h. Orientierung am Ziel, die globale Temperaturerhöhung auf maximal 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken)

II. Das Unvermeidbare bewältigen (Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels)

2.1 Das Unbewältigbare vermeiden

Drei Bereiche sind zentral, um auf dem Weg zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels ein zielführendes Ergebnis zu erreichen:

1.) Die Kyoto-Industriestaaten müssen deutlich ehrgeizigere Verpflichtungen übernehmen als im Kyoto-Protokoll.

Weit ehrgeizigere Ziele (30-Prozent-Reduktion der Treibhausgase bis 2020 gegenüber 1990) als heute und ein Ausbau des Kohlendioxid-Marktes, sowohl des Emissionshandels als auch des CDM, sind wichtige Schritte auf diesem Pfad.

Die Bereitschaft, dass Kyoto II im Jahr 2013 nahtlos auf Kyoto I folgen wird, war ein klares Signal des Klimagipfels von Nairobi. Damit steht auch die Fortexistenz des Kohlendioxid-Marktes nicht in Frage. Als unstrittigster Punkt überhaupt kann die Weiterführung des CDM gelten. Alle Marktteilnehmer, die CDM-Zertifikate nach 2012 mit 0 Euro bewerten, müssen sich angesichts der gesicherten Weiterexistenz des EU-Emissionshandelssystems und des fast universalen politischen Willens zur Weiterführung

des CDM fragen lassen, ob sie nicht einen gravierenden methodischen Fehler begehen. Allerdings ist zu erwarten, dass der CDM im Rahmen der Post-2012-Verhandlungen methodisch deutlich weiter entwickelt wird (Sektoraler CDM, Policy CDM ...).¹

Ob sich die Kyoto-Staaten auch zu den notwendigen ehrgeizigen Zielen durchringen können, derer es bedarf, um den globalen Temperaturanstieg noch auf unter 2 Grad Celsius begrenzen zu können, ist hingegen keineswegs gesichert. Dazu bedarf es einerseits erheblich mehr politischen Willens als bisher sichtbar. Andererseits bedarf es dazu auch erheblicher Fortschritte im Klimaschutz in den USA sowie der Verhandlungsbereitschaft der Schwellenländer über ihre Klimaschutzbeiträge.

Einer besonderen Berücksichtigung bedarf die Position Russlands. Russland hat seit der Verabschiedung der Marrakesh Accords (2001) immer und immer wieder eine äußerst problematische Rolle in den internationalen Klimaverhandlungen gespielt. Es scheint durchaus realistisch, dass ein ehrgeiziges Kyoto II letztlich nicht an den USA, nicht an China oder anderen Schwellenländern, sondern an dem großen fossilen Energielieferanten Russland scheitert. Seit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland scheinen die bilateralen Gespräche zwischen EU/D und Russland zum Thema fast auf Null reduziert zu sein. Es ist erstaunlich zu sehen, wie wenig die EU vor den Verhandlungen die Position Russlands einschätzen kann, die diese dann aus ihrer Büchse der Pandora hervorkramt. Es scheint dringend notwendig, dass die EU/D sich diesem Problem kontinuierlich zuwenden. Bei der Struktur von Kyoto II darf Russland nicht wieder in eine Position hineingeraten, in der es – wie vor dem Inkrafttreten von Kyoto I – die Weltgemeinschaft erpressen kann.

2.) Die USA müssen auf einen Pfad hin zu ernsthaftem Klimaschutz einschwenken.

Nach der Zwischenwahl in den USA sandten die drei Senatoren, die ab Januar den für den Klimaschutz zentralen Ausschüssen im US-Senat vorstehen, einen offenen Brief an den US-Präsidenten, um ihn zu mehr Klimaschutz-Engagement aufzufordern und ihre eigenen Schritte in diese Richtung anzukündigen.²

Die Wahrscheinlichkeit, dass wir im Laufe der nächsten drei Jahre eine ernsthafte Klimaschutzpolitik in den USA sehen werden, ist deutlich gestiegen. Der US-Präsident kann Vorstöße des Senats durch Veto abblocken. Es ist aber fraglich, wie oft er dies tun kann. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass spätestens ein kommender Präsident, egal von welcher Partei, dies nicht mehr tun wird.

¹ Zum sektoralen CDM und zum Policy CDM vgl. Abschnitt „Sektoraler und Policy CDM“ unten

² So schrieben die Senatoren Barbara Boxer, Jeff Bingaman und Joseph Lieberman: „Unfortunately, we have not been satisfied with the level of US participation in the international negotiations or in reducing our own domestic greenhouse gas (GHG) emissions. Therefore, as incoming Chairs of three important Senate Committees on global warming, we seek your commitment to work with the new Congress to pass meaningful climate change legislation in 2007. The U.S. must move quickly to adopt economy-wide constraints on domestic GHG-emissions and then work with the international community to forge an effective and equitable global agreement ... The recent elections have signaled a need to change direction in many areas, including global warming. ... we must act now to address GHG emissions. When the 110th Congress begins in January, we pledge to work to pass an effective system of mandatory limits on greenhouse gases. We urge you to work with us to reach this result and to signal to the world that global warming legislation is on the way“. Quelle: Pressemitteilung der Senatorin B.Boxer vom 15.11.06, <http://boxer.senate.gov/news/releases/record.cfm?id=265906>

Praktisch auszuschließen ist hingegen, dass die USA vor 2012 noch das Kyoto-Protokoll ratifizieren. Es ist auch unwahrscheinlich, dass die USA ein internationales Post-2012-Abkommen ratifizieren. Die Regierung Bush hat schon verkündet, dass die Zwischenwahlen nichts an ihren internationalen Verhandlungspositionen verändern wird – sie beteiligt sich nicht an entsprechenden Verhandlungen. Auch eine kommende US-Regierung wird große Schwierigkeiten haben, ein internationales Abkommen mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit zu ratifizieren. Deshalb ist die wahrscheinlichste Option: Die USA werden sich in den kommenden drei Jahren zu einem US-weiten Klimaschutzregime durchringen, möglicherweise sogar ernsthafter als die bisherige EU-Politik. Die Signale sind damit klar: Der Kohlendioxid-Markt wird zunehmend zu einem globalen Markt. International setzt ein Wettrennen um die besten Technologien ein, die eine Antwort auf den Klimawandel bieten. Die Frage ist dann nicht mehr, wer mehr Lasten für den Klimaschutz zu tragen hat, sondern wer bei der kommenden Technologiewelle in Richtung Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) usw. die Nase vorne haben wird.

Auf der Grundlage ernsthafter nationaler Klimapolitik in den USA, nicht in Erwartung einer Ratifizierung durch die USA, müssen dann die anderen Staaten Kyoto II verhandeln. Dies stellt hohe Anforderungen an das Design von Kyoto II. Es wäre sinnvoll, dass dort anspruchsvolle Kriterien (etwa für Zeitrahmen, Ziele, Regelungen bei Verstößen) für einen Beitritt der USA in das internationale Regime formuliert werden.

Neben Kalifornien und anderen US-Staaten gibt es auch in Kanada und Australien Bestrebungen für den Aufbau eines Emissionshandelsregimes. Es ist zentral, dass die EU und D die derzeit dort gegebene Bereitschaft in diesen Staaten nutzen, den Aufbau des Emissionshandelsregimes so zu beraten, dass die Fehler der ersten EU-Phase möglichst vermieden werden und nach 2012 ein Zusammenwachsen dieser Emissionshandelsysteme – entsprechende Seriosität der Systeme vorausgesetzt – gewährleistet werden kann.

3.) Die Schwellenländer müssen substantielle Verpflichtungen übernehmen, die aber im ersten Schritt noch keine auf das ganze Land bezogene Reduktions- oder Begrenzungsverpflichtungen sein werden.

Es scheint unvermeidbar, dass die Emissionen in den Schwellenländern in den kommenden Jahren steigen. Aber um mit hinreichender Wahrscheinlichkeit einen Temperaturanstieg über zwei Grad zu vermeiden, müssen dort bis Mitte des Jahrhunderts die Emissionen wieder deutlich unter das heutige Niveau sinken. Diese Aussage stimmt sogar dann, wenn es gelingen sollte, die Emissionen der Industrieländer bis dann auf Null zu drücken.

Instrumente zum Abbremsen des Entwaldungstrends in den tropischen Regenwäldern müssen die Bemühungen der Schwellenländer zur Begrenzung der Emissionen begleiten. Dabei muss die Politik von den betroffenen tropischen Staaten ausgehen und auf ihre Voraussetzungen zugeschnitten sein. In Ländern mit hohen Entwaldungsraten und stabiler Infrastruktur – etwa im Amazonasbecken – könnte ein über den Emissionshandel angestoßenes Anreizsystem für verstärkte Bemühungen zum Walderhalt zur Anwendung kommen. Bei ihrem Entwicklungsstand könnte es sich anbieten zu prüfen, ob nach Festlegung einer historischen Entwaldungsrate als Basis ein sektoraler CDM für die Länder eingeführt werden kann. Dies könnte allerdings nur bei einer massiven quantitativen

Zielverschärfung der Industrieländer die ökologische Integrität eines Instrumentes für die Zeit nach 2012 gewährleisten. Andererseits kann dieses Instrument für Länder mit hohem Bestand an tropischen Wäldern mit geringer Entwaldung (etwa im Kongobecken) mangels handhabbarer Messung und Überwachung der Entwicklung der Basisemissionen (Baseline) oder auch in Ländern mit weniger stabiler Infrastruktur und Governance nicht zur Anwendung gebracht werden. Für diese Fälle wäre eine geeignete Fondslösung zu entwickeln, die den Walderhalt dort gewährleisten soll.

Es bedarf in den kommenden zwei Jahren einer Serie von bilateralen Gesprächen zwischen EU/D und zentralen Akteuren aus Schwellenländern. In jedem Fall ist die Problemlage eine andere und es ist zentral für einen konstruktiven Verhandlungsabschluss, dass die unterschiedlichen Interessenslagen möglichst konstruktiv mit einbezogen werden:

Mit **China** muss es vor allem darum gehen, den EU-China-Arbeitsplan zu Klima und Energie bereits während der deutschen EU-Präsidentschaft mit konkreter Zusammenarbeit zu unterlegen. Hierbei sollte immer im Blick sein, dass die Zusammenarbeit so angelegt ist, dass sie zu einem Präzedenzfall für eine darüber hinaus reichende Vereinbarung in den Post-2012-Verhandlungen werden kann.

Mit **Indien** gilt es, einen intensiven Dialog sowohl zu den Handlungsmöglichkeiten Indiens als auch zur möglichen Betroffenheit des Halbkontinentes durch den Klimawandel zu arrangieren. Von Seiten Indiens besteht der brennende Wunsch, Zugang zu deutlich effizienteren Kohletechnologien zu bekommen, allerdings ist man nicht bereit, die zusätzlichen Kosten dafür (also das, was teurer ist als „Business as usual“) zu finanzieren. (Fraglich ist hier zumindest, ob nicht statt des Business-as-usual-Pfades der optimale „No-regret-Pfad“ als Referenzpfad zugrunde gelegt werden sollte, d.h. der schon aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen sinnvolle Pfad zu effizienteren Kraftwerken. Es kann nicht angehen, dass sich Schwellenländer bezahlen lassen, wenn sie – entgegen der ökonomischen Rationalität – wirtschaftlich und technologisch nachhaltig erschließbare Klimaschutzpotenziale nicht nutzen). Interessant ist außerdem, dass Indien in Bezug auf eine Übernahme von Verpflichtungen nicht an eine Differenzierung sondern an eine Graduierung denkt. Dies soll schon vor Überschreiten bestimmter Schwellenwerte den Anreiz setzen, im Emissionsausstoß darunter zu bleiben. (Und wohl außerdem einen Wettbewerbsvorteil gegenüber China sichern). Nach den Vorstellungen von Indien würden dann bestimmte Klimaschutzleistungen nur fällig, wenn bestimmte Messlatten, was den Emissionsausstoß pro Kopf oder des Bruttosozialprodukt angehen, überschritten werden.

Mit **Brasilien** muss es in erster Linie um einen Dialog für geeignete Instrumente zum Thema „Verhinderung der Entwaldung“ gehen. Die deutsche Regierung hat hierzu mit Brasilien eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Mit **Südafrika** muss es – angesichts des konstruktiven Verhandlungs-Teams – einerseits um das Abtasten für das Entwickeln einer konstruktiven Länderkoalition („Green Group“) gehen, die die Verhandlungen zum Erfolg führen kann. Zum anderen sollte Anpassung und Energiepfad in Afrika sowie die Klimapolitik angesichts der kohledominierten Energiepolitik in Südafrika im Zentrum der bilateralen Gespräche stehen.

Mit **Indonesien**, wo voraussichtlich der Klimagipfel 2007 stattfindet, gilt es vor allem die Strategie für diesen nächsten Klimagipfel zu besprechen und die strategischen Beweggründe für die Ausrichtung des Gipfels kennenzulernen. Das Thema Entwaldung sollte auch im Dialog mit Indonesien einen hohen Stellenwert haben.

2.2 Das Unvermeidbare bewältigen

Zentral für eine erfolgversprechende Strategie der Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels ist,

- dass Finanzmittel in Größenordnungen deutlich über den bisher verfügbaren Mitteln organisiert werden;
- dass diese so eingesetzt werden, dass die Mittel nicht nur zum Ausgleich von Schäden eingesetzt werden, sondern zugleich einen Anreiz für erhebliche Anpassungsmaßnahmen in den besonders betroffenen Staaten (vor allem Entwicklungsländern) setzen,
- dass die Mittel nicht versanden, sondern vor allem zur Unterstützung der besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen ankommen,
- dass die kurzfristig prioritärsten, in den Nationalen Aktionsprogrammen zur Anpassung (NAPAs) identifizierten Anpassungsmaßnahmen umgehend umgesetzt werden können.

Wenn die EU über diese Elemente konstruktive Verhandlungsbereitschaft erkennen lässt, könnte dies die Grundlage für die Etablierung einer Green Group sein, die den Post-2012-Prozess zu einem erfolgreichen Abschluss führt. Neben der EU und der Environmental Integrity Group (Mexiko, Südkorea, Schweiz) könnten dann die AOSIS-Staaten³ sowie die LDC⁴ und die African Group erste Mitglieder in einer solchen Green Group sein. Es wäre sinnvoll, die Möglichkeit einer solchen Koalition in Hintergrundgesprächen spätestens bei den UN-Klimaverhandlungen im Mai 2007 auszutesten.

³ Alliance of Small Island States

⁴ Least Developed Countries, Wirtschaftlich am wenigsten entwickelte Staaten

3 Klimaschutz muss jetzt zur Chefsache werden

Der UN-Prozess ist zentral, aber er braucht Außenbordmotoren

Beim Klimagipfel in Nairobi ging es zentral darum, ob es im nächsten Jahr den umfassenden Start von Verhandlungen geben kann, der bis 2009 zum Beschluss über ein erfolgversprechenden Post-2012-Paket führen könnte.

Die Option für dieses Vorhaben blieb durch das Verhandlungsergebnis gewahrt. Es wurde aber auch deutlich, dass über die jetzt an die Verhandler gegebenen Mandate erheblich mehr politischer Wille in den kommenden Monaten entstehen muss, wenn diese Option tatsächlich genutzt werden soll. Das enge Mandat, das die Verhandler im Rahmen der UNFCCC-Klimaverhandlungen von ihren Regierungen bekommen haben, reicht für die notwendigen Fortschritte nicht aus. Konkret heißt das:

- Es muss in den kommenden Monaten Einigkeit in der EU hergestellt werden, eine ehrgeizige Führungsrolle zu übernehmen, untermalt durch die Bereitschaft zu einem 30-Prozent-Reduktionsziel der EU (bis 2020).
- Außerdem ist zentral, dass der G8-Gipfel im Dialog mit den fünf großen Schwellenländern (E5) auf Regierungschefebene – vermutlich begrenzt auf die Kyoto-Staaten – ein klares Signal des politischen Willens für den Verhandlungsprozess aussendet. Bundesumweltminister Gabriel hat in Nairobi in einem bilateralen Gespräch mit Japan eine enge Abstimmung zum Thema Klima und Energie in Bezug auf den G8-Prozess vereinbart (Deutschland hat 2007, Japan 2008 die Präsidentschaft inne: dort soll als Konkretisierung des Gleneagles-Dialogs zum Klimawandel ein entsprechender Aktionsplan beschlossen werden, der Elemente der Emissionsreduktion wie auch der Anpassung beinhalten soll.).
- Es sollte sogar überlegt werden, ob dieses Signal dann in einer UN-Sondergeneralversammlung eine breitere Rückendeckung erhält.
- Die deutsche Regierung sollte überlegen, was ihr „Stern-Report“ sein kann, der hilft, Klimaschutz auf der internationalen Agenda der Regierungschefs und wichtiger gesellschaftlicher Teilsysteme im Sinne des Mainstreamings zu verankern. Germanwatch hat dazu mit vielen zentralen Akteuren Gespräche geführt.

Die Rede des UN-Generalsekretärs Kofi Annan beim Klimagipfel in Nairobi hat wichtige Elemente enthalten, die Bestandteil eines politischen Aufbruchsignals sein könnten (siehe Kasten).

Auszüge aus der Rede von UN-Generalsekretär Kofi Annan, 15.11.06

„Climate change is not just an environmental issue, as too many people still believe. It is an all encompassing threat. It is a threat to health (...). It could imperil the world's food supply (...). It could endanger the very ground on which nearly half of the world's population live. ... Climate change is also a threat to peace and security. (...) A study by the former chief economist of the World Bank, Sir Nicholas Stern of United Kingdom, called climate change the greatest and widest-ranging market failure ever seen. (...) Let no-one say we cannot afford to act. It is increasingly clear that it will cost far less to cut emissions now than to deal with the consequences later. And let there be no more talk of waiting until we know more. We know already that an economy based on high emissions is an uncontrolled experiment on the global climate. (...) We must make it a higher priority to integrate the risks posed by climate change into strategies and programmes aimed at achieving the Millenium Development Goals. The message is clear. Global climate change must take its place alongside those threats – conflict, poverty, the proliferation of deadly weapons – that have traditionally monopolized first-order political attention. (...) Regional and national initiatives have their value. But the UN Framework Convention is the forum in which a truly global response is beeing formulated. (...) The primary responsibility for action rests with individual states – and for now, that means those that have been largely responsible for the accumulation of carbon dioxide in the atmosphere. They must do much more to bring their emissions down. While the Kyoto Protocol is a crucial step forward, that step is far too small. And as we consider how to go further still, there remains a frightening lack of leadership. In developing countries, meanwhile, emissions cannot continue to grow uncontrolled. (...) Business, too, can do its part. Changes in corporate behaviour, and in the way private investment is directed, will prove at least as significant in winning the climate battle as direct government action. And individuals too have roles to play. (...) Instead of being economically defensive, let us start being more politically courageous. (...)“

Quelle: www.ens-newswire.com/ens/nov2006/2006-11-15-insann.asp

3.1 AWG-Workshop: Weitere Verpflichtungen der Kyoto-Staaten

Ermutigend war, dass fast alle Präsentationen im „Workshop über wissenschaftliche Grundlagen zukünftiger Verpflichtungen“ der „Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Verpflichtungen der Industriestaaten nach 2012“ (AWG) die Notwendigkeit drastischer Treibhausgasreduktionen betont haben: die globalen Emissionen müssen halbiert werden, um bis Mitte des Jahrhunderts eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen zu erreichen.

Die Erkenntnis, dass das Zwei-Grad-Limit nur unterboten werden kann, wenn nicht nur alle Industrieländer ihre Emissionen drastisch senken, sondern auch die Schwellenländer

ihre Emissionsentwicklung vom Wirtschaftswachstum entkoppeln, zeigte zumindest auf persönlicher Ebene bei Delegierten aus Entwicklungsländern Wirkung. Insbesondere die Darstellung, dass selbst ein völliger Emissionsstopp der Industriestaaten bei einem Business-as-usual-Pfad der Schwellenländer das Zwei-Grad-Limit überschießen würde, machte Eindruck. In wie weit sich dies auch im weiteren Verhandlungsgeschehen niederschlagen wird, ist eine offene Frage.

Es gelang in der entsprechenden Entscheidung, das Arbeitsprogramm der AWG für 2007 festzulegen. Es enthält aus unserer Sicht die wichtigsten Themen. So steht nun etwa die Weiterentwicklung der flexiblen Mechanismen auf der Tagesordnung der Verhandlungen.

Nach dem exponentiellen Wachstum der CDM-Aktivitäten in den Jahren 2005-2006 ist deutlich, dass der CDM im künftigen Klimaregime eine wichtige Rolle spielen wird. Die zeitliche Reihenfolge ist zentral, also dass zunächst über die Weiterentwicklungen der flexiblen Mechanismen entschieden wird – und erst dann über die Reduktionsziele. Es war einer der grundlegenden Strickfehler bei der Verhandlung des Kyoto-Protokolls, dass hier in anderer Reihenfolge verhandelt wurde. Die späte Einfügung der Möglichkeit von Berücksichtigung von Senken im Rahmen des CDM wirkte u.a. deshalb als „Schlupfloch“, da die Ziele nicht dementsprechend ehrgeiziger gestaffelt wurden. Bei den möglichen Weiterentwicklungen des CDM – sektoraler oder Policy CDM, Einbeziehung von vermiedener Entwaldung usw. – könnten leicht Mengen von Zertifikaten angeboten werden, die den gesamten Kohlendioxid-Markt zum Kollabieren und die Integrität des Klimaregimes untergraben könnten. Deshalb ist diese Reihenfolge für das Post-2012-Regime diesmal noch wichtiger als seinerzeit.

Es ist vorgesehen, dass das Arbeitsprogramm laufend aktualisiert wird. Wenn genügend politischer Handlungswille entsteht, besteht hier also genügend Flexibilität, die Agenda zu erweitern.

Obwohl ein möglichst früher Abschluss der Verhandlungen, spätestens 2009, sehr wichtig ist, so war es dennoch richtig, dass die EU dem Druck der Schwellenländer widerstanden hat, die Verhandlungen zu Art. 3.9 des Kyoto-Protokolls zu einem festen Zeitpunkt zum Abschluss zu bringen. Denn deren strategisches Kalkül war klar: Die Verhandlungsaufnahme unter Art. 9 des Kyoto-Protokolls, die auch substanzielle Beiträge von ihnen einfordern wird, solange zu verschieben, bis die Verhandlungen über die Ziele der Industriestaaten abgeschlossen sind.

Da jedoch die Ernsthaftigkeit der Industrieländerziele davon abhängen wird, dass sich auch die Schwellenländer ernsthaft einbinden lassen (wenn auch im ersten Schritt nicht durch quantitative nationale Begrenzungs- oder Reduktionsziele), ist es wichtig, dass diese Entkopplung nicht stattfindet.

Die EU trat in ihren Formulierungen allerdings oft doppelzünftig auf. Sie machte nicht genügend deutlich, dass es im nächsten Schritt um verpflichtende Beiträge der Schwellenländer, nicht der anderen Entwicklungsländer geht. Ein wichtiger Schritt, um eine konstruktivere Verhandlungsdynamik zu erreichen, wäre eine informelle Koalitionsbildung zwischen EU und AOSIS sowie LDC. Grundlage ist allerdings die klare Botschaft, dass es für LDC für das Post-2012-Regime nicht um Reduktions- oder Begrenzungsziele geht, sondern lediglich um Energieeffizienz und Erneuerbare Energien im Rahmen der

eigendefinierten Strategien der nachhaltigen Entwicklung (sowie natürlich um Anpassungsbemühungen).

Die EU – etwa die finnische Präsidentschaft – machte auch gegenüber den Schwellenländern nicht genügend deutlich, dass es um eine Entkopplung der Emissions- von der Wirtschaftsentwicklung, nicht aber um nationale Reduktions- oder Begrenzungsziele geht. (Für einzelne Sektoren könnte das der Fall sein.).

Die unklaren Formulierungen sähten Misstrauen. Sie schufen Raum dafür, dass Missverständnisse von interessierten Seiten gezielt geschürt werden konnten. Der deutsche Umweltminister allerdings betonte richtigerweise, dass eben „verpflichtend“ nicht gleichzusetzen sei mit der Forderung nach absoluten Reduktionsverpflichtungen, die die Schwellenländer nach wie vor vehement ablehnen.

3.2 Artikel 9: Verhandlungen über die Beiträge von Schwellenländern

Das Ringen um diesen Artikel des Kyoto-Protokolls war die zentrale Spannung des Klimagipfels in Nairobi. Es geht zentral darum, in einer grundlegenden Überprüfung („Review“) festzustellen, warum das Kyoto-Protokoll ein erster Schritt, aber keine ausreichende Antwort ist, um einen im großen Maßstab gefährlichen Klimawandel abzuwenden.

Dazu bedarf es erheblich schärferer Reduktionsziele für die Industriestaaten (einschließlich der USA), aber auch substanzieller Klimaschutzbeiträge der Schwellenländer. Dies soll dann der Startschuss für entsprechende Verhandlungen auch mit Schwellenländern sein.

Trotz des erheblichen Widerstandes insbesondere von China und Indien, anfangs auch Brasiliens (und natürlich Saudi-Arabiens) wurde ein entsprechender Review des Kyoto-Protokolls vereinbart.

Bis zum 17. August 2007 sollen die Vertragsstaaten ihre Vorstellungen schriftlich mitteilen. Der G8-plus E5-Gipfel bietet die Chance für entsprechende politische Signale. Auf dieser Grundlage soll dann der nächste Klimagipfel im Dezember 2007 über das konkrete Arbeitsprogramm für diese Überprüfung des Kyoto-Protokolls entscheiden.

Allerdings wurde auf Druck der Schwellenländer auch vereinbart, dass der Review selbst nicht automatisch zu neuen Verpflichtungen führen wird. Dies kann nur durch einen weiteren ausdrücklichen Beschluss erfolgen, förmliche Verhandlungen zu beginnen. Dies ist einer der zentralen Punkte, wo auf Ebene der Regierungschefs der Weg dazu frei gemacht werden muss. Wenn es hier keinen Durchbruch gibt, kann vermutlich schon 2009 das Zwei-Grad-Limit als nicht mehr erreichbar abgehakt werden, mit den entsprechenden Konsequenzen für eine Vielzahl von Millionen Menschen.

Nachdem es gelungen ist, einen ernsthaften Review-Prozess durchzusetzen, geht aber von Nairobi (AWG und Art. 9) doch das klare Signal aus:

- das Kyoto-Protokoll – eventuell unter neuem Namen – wird auch in der zweiten Verpflichtungsperiode das Rückgrat des internationalen Klimaschutzes bilden.
- Damit scheint gesichert, dass auch der internationale Kohlendioxid-Markt sich weiter ausdehnen wird.
- Bis Mitte des Jahrhunderts müssen global die Emissionen um 50 Prozent reduziert werden.
- Es ist wahrscheinlich, dass nicht nur Industrieländer erheblich verschärfte Reduktionsziele akzeptieren werden, sondern auch, dass die Schwellenländer substantielle Beiträge zum Klimaschutz leisten.
- Es ist noch offen, ob diese Verpflichtungen der verschiedenen Ländergruppen im ausreichendem Maße vereinbart werden, um auf einem Pfad zu bleiben, der es möglich erscheinen lässt, einen im großen Maßstab gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Dazu bedarf es deutlich mehr politischen Willens auf Ebene der Regierungschefs.

3.3 Zweite Sitzung Konventionsdialog

Der „Konventionsdialog“ wird – anders als die Verhandlungen zu Artikel 3.9 und 9 des Kyoto-Protokolls – vermutlich nicht zu verbindlichen Verhandlungsergebnissen führen. Er hat dennoch seinen Sinn.

Erstens bietet er Schwellenländern eine Möglichkeit, ohne den Druck verbindlicher Verhandlungen ihre Vorstellungen über Klimaschutzbeiträge darzustellen und zu diskutieren. Dieses Mal haben vor allem China und Brasilien diesen Rahmen genutzt. China stellte erhebliche Klimaschutzbemühungen (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, moderne Kohlekraftwerke), vor allem im Kontext des 11. Fünfjahresplanes, dar. Um klar die Grenze zu jeglichen Verpflichtungen zu ziehen, wurde betont, dass dies nicht etwa freiwillige Verpflichtungen seien, sondern nationale Maßnahmen.

Bemerkenswert war auch der Beitrag Brasiliens, in dem die Aktivitäten für die Verbreitung Erneuerbarer Energien, von Biokraftstoffen und zur Verminderung der Entwaldung vorgetragen wurden. (Allerdings ist die verringerte Entwaldung in jüngster Zeit wohl stärker auf verminderten Entwaldungsdruck durch Währungseffekte als auf eine zielgerichtete Politik zurückzuführen.)

Zweitens können so nennenswerte Inputs von außen im offiziellen Rahmen diskutiert worden. Diesmal war dies vor allem der von Sir Nicholas Stern vorgestellte Bericht („Stern Report“).

Drittens ist hier ein Forum geschaffen, um auch mit den Nicht-Kyoto-Staaten USA und Australien im Gespräch zu bleiben. Insbesondere nach veränderten politischen Konstellationen in diesen Staaten könnte das interessant werden.

3.4 „Russischer Vorschlag“

Beim Klimagipfel in Montreal (2005) hatte Russland kurz vor Ende den Vorschlag unterbreitet, Möglichkeiten für freiwillige Verpflichtungen von Vertragsparteien zu erörtern und damit beinahe den Gipfel gesprengt. Jetzt, in Nairobi, drängte Russland darauf, diesen Vorschlag – wie in Montreal informell in Aussicht gestellt worden war – unter eigenem Tagesordnungspunkt ausführlich zu diskutieren. Es kam jedoch zu so heftigen Debatten um diesen Tagesordnungspunkt, dass man darüber, nicht aber über den Vorschlag als solchen lebhaft diskutierte. Die EU – in diesem Fall gemeinsam mit Kanada – befürwortete einen solchen Tagesordnungspunkt. Die G77 und China befürchteten, dass sich aus diesem Tagesordnungspunkt ein weiterer Verhandlungsstrang entwickeln könne, der letztlich zu Verpflichtungen für Entwicklungsländer führen könne. Erst im Ministersegment konnte eine Einigung erzielt werden. Im Mai 2007 will man im Rahmen der Sitzungen der Nebenorgane einen Workshop dazu veranstalten. Darüber soll dann beim Klimagipfel 2007 unter „Sonstiges“ berichtet werden.

3.5 Aufnahme von Weißrussland in den Anhang B des Kyoto-Protokolls

Dem Antrag Weißrusslands, in den Anhang B des Kyoto-Protokolls aufgenommen zu werden, wurde nach kontroverser Diskussion und geringfügiger Zielverschärfung zugestimmt. Kontrovers war die Diskussion vor allem, weil das vorgeschlagene Ziel so festgelegt war, dass vermutlich ein erhebliches Ausmaß an zusätzlicher „heißer Luft“ (d.h. Emissionszertifikate, die nicht durch aktive Emissionsreduktionen entstanden sind) in das Kyoto-Protokoll integriert worden wäre. Zudem befürchtete man, dass so ein unguter Präzedenzfall für künftige Ziele von Schwellenländern gesetzt werden könnte.

Es wurden verschiedene Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um diesen Fallstricken auszuweichen.

Erstens: Das Ziel wurde von 5 auf 8 Prozent Reduktion gegenüber 1990 verschärft.

Zweitens: Die Möglichkeit des Handels mit „heißer Luft“ in der ersten Verpflichtungsperiode wurde durch eine erweiterte Verpflichtungsreserve eingegrenzt.

Drittens: Weißrussland verpflichtete sich, Erlöse aus dem Verkauf von Emissionsrechten für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden.

Viertens: Wahrscheinlich wird die Erweiterung des Annex B um Weißrussland in dieser Verpflichtungsperiode nicht mehr in Kraft treten, da dafür drei Viertel der Vertragsparteien diese Änderung ratifizieren muss.

Allerdings kann die Nichtratifizierung für erheblichen Ärger auf kommenden Klimagipfeln führen, nicht nur durch Weißrussland, sondern vor allem durch das sich als Schutzpatron aufspielende Russland.

4 Das Entwicklungsländerpaket

Bescheidene, aber möglicherweise wichtige Ergebnisse

4.1 Anpassungsfonds

Der Anpassungsfonds ist eine der großen innovativen Errungenschaften des Kyoto-Protokolls. Der Fonds wird durch eine zweiprozentige Abgabe auf den Handel mit „CDM-Zertifikaten“ gespeist. Damit ist hier also ein Präzedenzfall für eine internationale Abgabe zur Finanzierung der erheblichen Anpassungsnotwendigkeiten in Entwicklungsländern gelegt. Angesichts der steigenden Anzahl von CDM-Projekten in den kommenden Jahren ist mit schnell zunehmenden Mitteln zu rechnen (bis 2012 ca. 250 bis 300 Mio. US-\$). Natürlich ist auch das nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man die Größe der Herausforderungen sieht. Nach Schätzungen der Weltbank sind heute ca. 20 Prozent der Investitionen durch offizielle Entwicklungshilfe sensibel gegenüber Klimaänderungen.⁵ Um Entwicklungsmaßnahmen an den Klimawandel anzupassen, sind zusätzlich zwischen 10 und 40 Milliarden US-Dollar jährlich erforderlich.⁶

Es ist deshalb damit zu rechnen, dass der Fonds im Post-2012-Regime weiterentwickelt wird. Naheliegender wäre, dass alle internationalen Emissionshandelstransaktionen (also über den CDM hinaus die des Joint Implementation in Industrieländern und die des internationalen Emissionshandels) mit einer 2prozentigen oder leicht erhöhten Abgabe belegt werden.

Schon jetzt ist die Struktur des Fonds so angelegt, dass zusätzlich freiwillige Einzahlungen in den Fonds gemacht werden können.

Wenn regionale Anpassungsfonds – etwa in der EU – entstehen, die z.B. aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten, aus Abgaben auf den Flugverkehr⁷ oder einer allgemeinen CO₂-Abgabe gespeist werden könnten, kann darin ein Fenster (z.B. fester Prozentsatz) für die Finanzierung dieses Fonds eingeplant werden.

Die Verhandlungen in Nairobi zum Anpassungsfonds waren von Kompromissbereitschaft geprägt. Allerdings wurde der Hauptstreitpunkt, wie der Anpassungsfonds institutionell aufgehängt werden soll, zurückgestellt. Es gelang aber, wichtige Modalitäten für den Fonds zu beschließen:

Im künftigen Verwaltungsrat werden nur Kyoto-Staaten vertreten sein. Es gab gerade in der G77 plus China großen Unwillen vor einer Konstruktion, in der die USA zwar nichts einzahlen, aber dann über die Verteilung des Geldes maßgeblich mitentscheiden. Dem trägt der Beschluss Rechnung.

⁵ Weltbank und Internationaler Währungsfonds (2006) *Clean Energy and Development : Towards an Investment Framework*. Document DC2006-0002, April 5, 2006.
[http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20890696/DC2006-0002\(E\)-CleanEnergy.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20890696/DC2006-0002(E)-CleanEnergy.pdf)

⁶ ebenda

⁷ dem am schnellsten wachsenden Klimaproblem, wobei Flugzeuge zudem weitgehend vom reicheren Teil der Bevölkerung benutzt werden

Die Entscheidungen im Verwaltungsrat werden nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“ getroffen werden, die Entwicklungsländer werden dadurch die Mehrheit haben.

Zwei zentrale Fragen stehen jetzt noch für das nächste Jahr zur Lösung an:

1.) Welche Institution soll den Fonds verwalten? „Bewerbungen“ dafür können bis zum 23. Februar 2007 beim Klimasekretariat eingereicht werden. An dieser Frage waren die Verhandlungen 2005 gescheitert. Die EU, Kanada, Norwegen und Japan drängen massiv darauf, dass dies nur die Global Environment Facility (GEF) sein könne. In der G77 wird hingegen massiv die Position vertreten, dass es wegen der Weltbanknähe und diverser schlechter Erfahrungen nicht die GEF sein dürfe.

Nach Ansicht von Germanwatch lügt sich die EU (und auch deutsche Delegation) in die Tasche, wenn sie meint, dass nach den konstruktiven Verhandlungen dieses Mal die GEF im kommenden Jahr akzeptiert würde. Man sollte sich mehr als einmal überlegen, die Möglichkeit zur Koalitionsbildung für das Post-2012-Paket durch dogmatisches Auftreten in diesem Punkt zu unterminieren.

So verständlich es ist, dass nicht wieder eine neue Institution geschaffen wird, so sollte man erst einmal abwarten, welche „Bewerbungen“ ins Rennen geschickt werden. Was spricht eigentlich dagegen, wenn UNEP und UNDP einen solchen Fonds verwalten?

2.) Geklärt werden muss auch noch, welche Länder zukünftig vom Anpassungsfonds profitieren sollen. Positiv hervorzuheben ist, dass in Nairobi entschieden wurde, dass Aktivitäten auf der nationalen, regionalen und der Ebene der Gemeinden förderfähig sind.

Hier scheint uns erstens ein eindeutiger Fokus auf die besonders verletzlichen Staaten sinnvoll.

Zweitens muss gewährleistet werden, dass die Community-basierten Initiativen, die am ehesten den Zugang zu den besonders Betroffenen sicherstellen können, durch das Geld unterstützt werden. Die Tatsache, dass Aktivitäten auf der Ebene der Communities förderfähig sind, garantiert noch nicht, dass diese auch Projekte in eigener Verantwortung durch Anpassungsfonds-Mittel durchführen können.

Drittens müssen die Zugangskriterien einen Anreiz zu eigenen Anpassungsmaßnahmen in den betroffenen Ländern geben. Nur, wenn sich die besonders verletzlichen Staaten auch selbst der Herausforderung stellen, kann eine sinnvolle Anpassungsstrategie entstehen.

Für die Weiterentwicklung des Anpassungsfonds scheint auch die Idee von regionalen Anpassungsfonds, die aus Versteigerung von Emissionsrechten gespeist werden, prüfenswert:

In der EU könnte ein regionaler Anpassungsfonds ab 2013 aus Versteigerungserlösen des EU-Emissionshandels gespeist werden. Ein Teil des Geldes könnte für internationale Anpassungsleistungen bereitgestellt werden. Eine Möglichkeit ist es, dies für die Auffüllung des Anpassungsfonds zu leisten. Eine weitere könnte es sein, durch diese Gelder zugleich einen Anreiz für die Etablierung von regionalen Emissionshandelsregimen in Schwellenländern zu setzen: wenn diese auch einen Teil ihrer Emissionsrechte versteigern, könnte ein bestimmter Prozentsatz der versteigerten Zertifikate aus dem EU-Fonds in den entsprechenden regionalen Anpassungsfonds zugezahlt werden.

4.2 Verabschiedung des „Nairobi work programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change“

Es wurde im Nebenorgan SBSTA beschlossen, das im Grundsatz bereits vor zwei Jahren beschlossene 5-Jahres-Arbeitsprogramm für Anpassung zu starten.

Dadurch sollen alle Vertragsstaaten, insbesondere aber die kleinen Inselstaaten und Least Developed Countries, unterstützt werden, die Risiken des Klimawandels einzuschätzen und Entscheidungen über Anpassungsstrategien auf wissenschaftlicher, technischer und sozio-ökonomischer Basis zu treffen.

Im Mai 2008 soll das Klimasekretariat dann eine Zusammenfassung vorlegen über

- a) eine Analyse der Einzelaktivitäten und Lernfortschritte
- b) die identifizierten Lücken und Notwendigkeiten (etwa im Bereich Capacity Building), sowie Möglichkeiten
- c) die Vorschläge für weiteres Handeln.

Bis zum 23. Februar 2007 sollen Parteien und relevante Organisationen Informationen über ihre relevanten Programme, Aktivitäten und Blickpunkte einreichen.

Vor dem Klimagipfel 2007 soll es dann einen Workshop mit Repräsentanten dieser Organisationen geben.

Regierungen und relevante Organisationen sollen bis zum 15. Mai 2007 strukturierte Eingaben zu Anpassungsstrategien, -praktiken und -technologien auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene einreichen. Ab 20. Januar 2007 soll das Sekretariat Gliederungen für diese Eingaben zur Verfügung stellen. Vor dem Klimagipfel 2007 soll es dazu einen Workshop geben, über den das Sekretariat einen Report anfertigt.

Bis zum 21. September 2007 sollen die Staaten Eingaben einreichen, ob und zu welchem Zweck eine begleitende Expertengruppe eingesetzt werden soll. Ebenfalls bis zum 21. September sollen die Weltmeteorologie-Organisation WMO und das Global Climate Observing System GCOS Eingaben einreichen, wie ihre Informationen zur Anpassung benutzt werden können. Bis zum selben Datum soll auch der IPCC und andere relevante Organisationen nützliche Daten über Szenarien – vor allem auch regionale Szenarien – zur Verfügung stellen. Auch bis zum selben Datum sollen Regierungen oder relevante Organisationen Eingaben über sozio-ökonomische Aspekte von Anpassungsprozessen einreichen. Dazu soll es einen Workshop geben.

Da nicht genügend Finanzen für die ersten zwei Jahre zur Verfügung stehen, wurden die Staaten aufgefordert, zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen.

Bis zum 15. Mai 2007 können Regierungen oder relevante Organisationen Informationen über existierende und sich entwickelnde Assessment Tools und Methodologien einreichen. (Hier sollten die Versicherungsakteure aktiv werden!) Diese werden dann vom Klimasekretariat für die Delegierten zusammengestellt und einen Workshop mit relevanten Akteuren organisieren.

Darüber hinaus wird das Klimasekretariat zu verschiedenen relevanten Themen Synthesereporte zusammenstellen.

4.3 Versicherungsinstrumente

Die Munich Climate Insurance Initiative hat in Nairobi wieder einen gut besuchten Side-Event und ein Abendessen für Delegierte (finanziert von der Münchener Rück und unterstützt vom BMU) durchgeführt. Es ist erfreulich zu sehen, dass das Thema „klimaversicherungsbezogene Elemente“ bei immer mehr Delegationen auf großes Interesse stößt. Hier geht es vor allem um die Fragen, wie öffentlich-private Partnerschaften aussehen können, wie durch solche Instrumente ein Anreiz für Anpassungsstrategien entstehen und wie eine öffentlich-private Kofinanzierung aussehen kann. Zentral scheint jetzt zu sein, konkrete Vorschläge und Antworten auf gestellte Fragen in den Prozess hinein zu vermitteln. Im Januar 2007 wird die MCII ein Treffen durchführen, um die weitere Strategie festzulegen.

Im zentralen Lobby-Papier der NGO-Community während des Klimagipfels in Nairobi wurde auf den Sinn von klimaversicherungsbezogenen Instrumenten hingewiesen. Sowohl Greenpeace als auch WWF haben Interesse angemeldet, dazu fokussierte Papiere zu erhalten.

4.4 Beteiligung der Least Developed Countries – vor allem Afrikas – am Clean Development Mechanism (CDM)

Bislang gibt es nur 5 genehmigte CDM-Projekte in Afrika, weitere 20 sind „in der Pipeline“. Wie bei einem Marktmechanismus nicht anders zu erwarten, konzentrieren sich auch die CDM-Aktivitäten in den Regionen der Welt, die von internationalen Investitionen profitieren. Die Gruppe der afrikanischen Staaten sowie der Least Developed Countries hatte die Industriestaaten aufgefordert, Maßnahmen zu finanzieren, die Investitionen in CDM-Projekte dort attraktiver machen.

Es gab in der Entscheidung zum CDM eine unverbindliche Zusage der Unterstützung in dieser Richtung. Wichtiger könnte eine Gemeinschaftsinitiative von UNEP, UNDP, Weltbank und UNFCCC sowie der afrikanischen Entwicklungsbank werden: das von UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgestellte „Nairobi Framework“. Sie will nicht nur beim Aufbau der Designated National Authorities (DNAs) und anderen Institutionen helfen, die Voraussetzung für die Abwicklung von CDM-Projekten sind. Darüber hinaus soll ganz praktisch die Entwicklung und Umsetzung von CDM-Projekten gefördert werden.

Interessant in dieser Hinsicht ist auch eine Konferenz, die Deutschland, Großbritannien, Spanien und evtl. weitere EU-Staaten planen. Mit Vertretern aus Banken, Privatsektor, multilateralen und regionalen Entwicklungsorganisationen aus der EU, Afrika und anderen LDCs sollen dort Wege für verstärkte CDM-Aktivitäten und die Koordinierung mit anderen auf Afrika und LDCs bezogenen Programmen diskutiert werden.

Allerdings sollte auch nicht vergessen werden, dass die Länder selbst auch in vielen Fällen die Rahmenbedingungen verändern müssen, um für Erneuerbare Energien und andere Technologien, für deren Umsetzung der CDM ja letztlich nur Mittel zum Zweck ist, günstigere Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Nachteile, die z.B. die Subventionie-

nung von fossilen Energieträgern für Klimaschutztechnologien mit sich bringt, kann auch ein CDM nicht einfach aufheben.

Ein Vorschlag für zusätzliche CDM-Aktivitäten in einigen der betroffenen Länder könnte so aussehen:

Die EU will im kommenden Jahr mindestens EU-weit den Flugverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen. Dies betrifft den EU-internen Flugverkehr sowie entweder An- oder Abreise bei internationalen Flügen.

Die EU (oder einzelne EU-Staaten wie D) könnten nun Tourismus-Ländern unter den LDC bzw. Staaten Afrikas (z.B. AOSIS Staaten, Nepal, Kenya ...) „Memorandums of Understanding“ anbieten, dass die gesamten Flüge von EU-Touristen – soweit sie nicht vom EU-Emissionshandel abgedeckt sind – durch CDM-Zertifikate aus dem betreffenden Land ausgeglichen werden. Sinnvollerweise sollten dies Gold-Standard-Zertifikate sein.

Vorteile:

- *die entsprechenden Staaten erhalten zusätzliche CDM-Projekte,*
- *der Flugverkehr wird über den EU-Emissionshandel hinaus mit einem klimapolitischen Instrument gekoppelt,*
- *der Widerstand der Tourismusstaaten gegen Klimaschutzregelungen für den Flugverkehr könnte aufgeweicht werden.*

Der Gold Standard, der sich nach langsamem Beginn zügig entwickelt (50 Projekte sind jetzt „in der Pipeline“) würde weiter an Prominenz gewinnen und damit die Qualität der CDM-Projekte zunehmen.

4.5 Weiterentwicklung des CDM

Es zeichnet sich ab, dass spätestens ab 2013 auch CCS-Projekte⁸ in geologischen Lagerstätten als CDM-Projekte akzeptiert werden. Der CDM Executive Board soll Vorschläge für neue Methodologien prüfen, diese können aber nur nach weiteren Beschlüssen künftiger Klimagipfel Gültigkeit erlangen. Bis zum 31. Mai 2007 können Verhandlungsparteien, aber auch multilaterale Organisationen und NGO Vorschläge einreichen, wie mit den großen methodologischen Herausforderungen umgegangen werden soll: Langfristige CO₂-Lagerung und Risiken der Freisetzung, Projektbegrenzungen (etwa unter internationalen Gewässern, Nutzung durch mehrere Staaten ...), Langfristverantwortung für Monitoring – auch über Kreditperiode hinaus, langfristige haftungsrechtliche Fragen, Kriterien für die Auswahl von Lagerstätten usw.).

Bis zum 21. September 2007 sollen dann die Staaten Eingaben einreichen, die die im Mai eingereichten Vorschläge berücksichtigen. Vor der 27. SBSTA-Sitzung (parallel zum Klimagipfel 2007) soll dann das Klimasekretariat die Vorschläge und Eingaben zusammenstellen und den Verhandlern zur Verfügung stellen. SBSTA-Vorschläge sollen dann

auf dem Klimagipfel 2007 (COP-MOP3) erstmals diskutiert und auf COP-MOP4 (Klimagipfel 2008) entschieden werden.

Wenn es 2008 tatsächlich eine Entscheidung gibt, dann ist allenfalls noch mit einem oder zwei Pilotprojekten vor 2012 zu rechnen, vermutlich wird die Regel erst für die Zeit nach 2012 wirklich relevant. Angesichts des Widerstands von Entwicklungsländern, in denen Kohletechnologie keine Rolle spielt, ist aber fraglich, ob es 2008 tatsächlich schon zu einem Abschluss kommt.

Germanwatch drängt darauf, dass man CCS nicht in der ersten Verpflichtungsperiode (bis 2012) im Rahmen des CDM zulässt. Zu viele Fragen sind noch offen, die einer gründlichen Klärung bedürfen.

Small scale CDM

Die Grenzwerte für CDM-Projekte im kleinen Maßstab („small scale CDM“) sind verändert worden. Für Erneuerbare-Energien-Projekte bleiben sie gleich (15 MW oder ein angemessenes Äquivalent), aber für Energie-Effizienz-Projekte auf der Nachfrage- oder Angebotsseite wurde sie auf 60 GWh pro Jahr angehoben. Für andere Projektaktivitäten wurde sie auf 60kt CO₂e pro Jahr angehoben.

Bis zum 23. Februar 2007 können Verhandlungsparteien, multilaterale Organisationen und NGO Eingaben einreichen, welche Implikationen es haben würde, wenn der Schwellenwert auch für Aufforstung und Wiederaufforstungsprojekte angehoben würde. Nächstes Jahr soll SBSTA darüber entscheiden.

Für small scale CDM-Projekte gelten erleichterte Prozeduren.

Senken im CDM

Der Executive Board soll – nach einem Aufruf für öffentlichen Input – auch neue Prozeduren für die Genehmigung von Aufforstung und Wiederaufforstungsprojekten unter dem CDM generell (also nicht small scale) entwickeln. Die Öffentlichkeit soll dann, wenn ein letzter Entwurf vorliegt, noch einmal zur Stellungnahme aufgefordert werden.

4.6 Sektoraler und Policy CDM – Stimmt der Anreizmechanismus? Argumente für einen CDM, der EEGs in Entwicklungsländern kofinanziert

Es zeichnet sich für die Zeit nach 2012 ab, dass ein großes Interesse daran besteht, einen sektoralen oder Policy CDM zuzulassen. Die Grundidee für einen sektoralen CDM scheint brilliant. Wenn Schwellenländer (deutlich) unter einem Business-as-usual-Pfad bei der Emissionsentwicklung in einem Sektor bleiben, dürfen sie die eingesparten Emissionen auf dem internationalen Emissionshandelsmarkt verkaufen. Dies hört sich auf den ersten Blick sehr plausibel an. Das Konzept könnte jedoch einen dicken Pferdefuß haben:

⁸ Carbon Dioxide Capture and Storage, Kohlendioxid-Abscheidung und -Lagerung

Bei vielen der Vorschläge, die zum sektoralen CDM kursieren, erhält die Regierung das Geld für die verkauften Zertifikate. Wenn dies so ist, dann belohnt dieses System die Trittbrettfahrer und bestraft indirekt die Vorreiter. Denn die Vorreiter erhalten keinerlei Gegenwert für ihre Leistung, die Trittbrettfahrer stehen ohne jede Anstrengung in keiner Weise schlechter da als die Vorreiter - durch niedrigere Investitionen können sie evtl. sogar einen Wettbewerbsvorteil haben. Bei einem solchen System ist das Anreizsystem falsch gestellt – ganz ähnlich übrigens wie vor den Zeiten des Emissionshandels bei der deutschen branchenbezogenen freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie.

Ganz anders sieht es aus, wenn durch den Policy CDM gezielte Anreizsysteme für Erneuerbare Energien oder Energieeffizienz unterstützt werden. Denkbar wäre etwa, dass durch den CDM eine Kofinanzierung von Energieeinspeisegesetzen (EEGs) in Schwellenländern finanziert wird, in denen der Elektrizitätsbedarf stark wächst und das Netz stark ausgebaut wird. (Wieweit ein solcher Ansatz auch für dezentrale, netzferne Applikationen in Entwicklungsländern geeignet ist, bleibt zu prüfen, möglicherweise gilt es dort andere Anreizsysteme zu kofinanzieren.) Zu Anfang des Projektes kann ein fester Preis für die Zertifikate dieser Politik vereinbart werden. Es wird zum einen ein Anreiz gesetzt, dass das Land eine für den Klimaschutz sinnvolle Gesetzgebung einführt. Diese wird aber nicht alleine, sondern nur kofinanziert (zum Beispiel zu 30 oder 50%). Und das Geld landet tatsächlich bei denen, die in den Klimaschutz investiert haben.

Ein solches Vorgehen hat verschiedene Vorteile: es werden tatsächlich im Sinne des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit sinnvolle Investitionen unterstützt. Einen Teil der Leistung erbringt das Gastland, der CDM kofinanziert dies nur. Damit entsteht ein starker Anreiz für Klimaschutzleistungen in Schwellen-/Entwicklungsländern. Die Klimaschutz- und Erneuerbare-Energien-Community, die oft getrennte Wege gegangen sind, könnten hier gemeinsam an einem Strang ziehen.

4.7 Technologietransfer und -zusammenarbeit

Noch recht verfahren waren die Verhandlungen zum Technologietransfer. Jedem ist klar, dass ohne ein erhebliches Ausmaß an Technologietransfer (im weiteren Sinn, das heißt einschließlich Capacity Building) die notwendigen Fortschritte im internationalen Klimaschutz nicht denkbar sind. Aber die verschiedenen Akteure reden hier in erstaunlichem Ausmaß aneinander vorbei.

Einerseits betrachten viele in den Industrieländern die Debatten über den Emissionshandel als eine lästige Pflichtübung. Es sei nun einmal der Privatsektor, der darüber entscheide, welche Technologien wohin transferiert würden. Der Kohlendioxid-Markt könne den entsprechenden Markt beeinflussen. Mit dem CDM sei ein wichtiges Instrument des Emissionshandels in Entwicklungs- und Schwellenländern geschaffen. Alles andere sei eigentlich unwichtig – und trotzdem werde dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Andererseits ist die Debatte von recht naiven Vorstellungen geprägt, man solle einen Fonds auflegen, aus dem der staatliche Kauf von geistigen Eigentumsrechten aus der Privatwirtschaft finanziert werden soll. (Der Grundgedanke ist sinnvoll, aber dann müs-

sen die Wettbewerbsaspekte auch bedacht werden.) Nicht nur die Umbrella Group, auch die EU lehnt dies geschlossen ab. (In der gleichen schwammigen Form wie seit nunmehr 11 Jahren wird lediglich grundsätzlich Kooperationsbereitschaft signalisiert) Die Verhandlungen zum Technologiefonds wurden auf den nächsten Klimagipfel vertagt.

Hier scheint erheblicher Bedarf für innovative Ideen zu bestehen.

Aus Klimaschutzsicht ist die zentrale Frage, wie in den großen Schwellenländern

- a) der Zugang zu Energieeffizienz (Nachfrageseite) und verschiedenen Formen der Erneuerbaren Energien deutlich verbessert werden kann. Insbesondere würde es auch darum gehen, neue Technologien, wie etwa die solarthermische Stromerzeugung, in den Markt einzuführen. Der Zugang zu Eigentumsrechten muss einerseits gewährt werden, andererseits darf dies nicht einfach dazu führen, dass die führenden Unternehmen der Welt ihre innovativen Techniken an die kostengünstigeren Konkurrenten abgeben müssen.*
- b) bei neuen Kohlekraftwerken, die u.a. in China, Indien, Südafrika in großer Anzahl geplant sind, ein möglichst hoher Wirkungsgrad erreicht werden kann.*

Eine ganz andere Fragestellung, die für den Klimaschutz wesentlich weniger Bedeutung hat, aber im Sinne von nachhaltiger Entwicklung, Armutsbekämpfung und auch für Koalitionsbildungen mit den LDC für das Post-2012-Regime wichtig ist, ist die Frage, wie die knapp zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu Strom und neuer Energie klimaverträglich mit Energie versorgt werden können.

Darauf zugeschnitten ist ein unter anderem auf Initiative des Bundesumweltministers Gabriel von der EU-Kommission vorgestellter neuer Risikokapital-Fonds „Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund, GEEREF“, der ein Finanzierungsinstrument für klimafreundliche Technologien in Entwicklungsländern ist und speziell auf deren Bedürfnisse zugeschnitten wurde. Die EU-Kommission kündigte an, dass Sie in den nächsten 4 Jahren den Fonds mit 80 Mio. € auffüllen wird. Deutschland will sich, so Gabriel, in den nächsten 4 Jahren mit 24 Mio. € beteiligen, Italien mit weiteren 8 Mio. € Andere EU-Staaten prüfen weitere Beiträge. Es wird erwartet, dass mit den zur Verfügung gestellten Mitteln klimafreundliche Investitionen von ca. 1,25 Mrd. € angestoßen werden. Er soll einen konkreten Beitrag zur Überwindung der Energiearmut insbesondere in Afrika leisten.

Neben der Debatte über den Energiefonds wurde auch über die weitere Arbeit der Expertengruppe zu Technologietransfer (EGTT) gestritten. Sie war vor fünf Jahren (unter dem Nebenorgan SBSTA) gegründet worden. Es wurde eine Verlängerung des Mandats um ein Jahr beschlossen.

Sehr umstritten ist die Sinnhaftigkeit der bisherigen Arbeit der EGTT. Von Industrieländerseite wird die wichtige Basisarbeit hervorgehoben, etwa die Entwicklung von Analyseleitlinien zur Ermittlung des Technologiebedarfs. Die Entwicklungsländer hingegen drängen darauf, das Thema höher in den Strukturen des Klimaregimes zu verankern und – dieser Vorschlag stammt von Ghana – mit umsetzungsorientierten Kompetenzen zu versehen.

Bereits im letzten Jahr in Bonn hatte der SBSTA 30 Empfehlungen für einen klimapolitischen Rahmen zum Technologietransfer angenommen. Diese wurden aber von der Vertragsstaatenkonferenz nicht (!) beschlossen.

Zum einen gehen die Vorschläge einigen Industriestaaten (USA, Kanada, Australien, Japan) zu weit – man wäre nur bereit, einige der Maßnahmen zu beschließen. Die G77 und China aber wollten jetzt auch nicht darüber entscheiden, sondern dies erst im Rahmen einer weiterentwickelten EGTT tun.

Der Vorschlag der höheren Verankerung und gestärkten umsetzungsorientierten Kompetenz soll nun im kommenden Jahr verhandelt werden.

Eine strategisch wichtige Frage ist es, wie man die Weiterentwicklung des EGTT sinnvoll in die Entwicklung des Post-2012-Regimes einbinden kann. Dies könnte im Rahmen des Konventionsdialoges, bei der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Art. 3.9 KP geschehen, oder auch einer der „Lockvögel“ sein, dass sich die Schwellenländer nach dem Review des Kyoto-Protokolls auf substantielle Verhandlungen unter Art. 9 KP einlassen.

5 Die kommenden Klimagipfel

Der nächste UN-Klimagipfel findet vom 3.-14. Dezember 2007 vermutlich in Indonesien statt. Indonesien hat die einzige Bewerbung eingereicht. Es wird aber noch geprüft, ob die notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Im Rahmen dieser Prüfung steht auch noch zur Debatte, ob Bali oder ein anderer Ort in Indonesien der Veranstaltungsort sein würde.

Für das Jahr 2008 hat Polen, für das Jahr 2009 Dänemark (Kopenhagen) eine Bewerbung eingereicht. Während die Bewerbung von Polen problematisch sein könnte (Polen ist derzeit der große Bremser in der EU; außerdem zeichneten sich die Redebeiträge durch sehr undifferenzierten und deshalb kontraproduktiven Umgang mit der Notwendigkeit von ernsthaften Klimaschutzbeiträgen von Schwellenländern aus), verspricht die Präsidentschaft Dänemarks für das Jahr 2009, wo es vermutlich um den Abschluss des Post-2012-Verhandlungspaketes geht, einiges. Das Auftreten Dänemarks gehörte – wie auch das Deutschlands – zu den konstruktivsten Erlebnissen dieses Klimagipfels.

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Gerechter Welthandel und faire Chancen für Entwicklungsländer durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1
D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

[] Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: [] jährlich [] vierteljährlich [] monatlich

[] Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift